

5.21 Wir haben den Hunger satt! – Hunger jetzt und nachhaltig bekämpfen

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2011

I: Einleitung

Hunger ist das drängende, lebensbedrohliche, aber vermeidbare Problem unseres Jahrhunderts. Das Menschenrecht auf Nahrung (Art.11 der Konvention Nr.1 über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte) wird tagtäglich für beinahe eine Milliarde Menschen, also jedem siebten Menschen verletzt! Nach Angaben des World Food Report 2010 verhungert alle fünf Sekunden ein Kind unter 10 Jahren. Menschen, die über längere Zeit hungern, sind häufig lebenslang körperlich und geistig beeinträchtigt. Nach wie vor sind die Menschen in ländlichen Regionen am schlimmsten von Hunger und Unterernährung betroffen. Und das, obwohl sie selbst Nahrungsmittel produzieren (können).

Ursachen und Lösungen für das weltweite Problem des Hungers sind bei der Politik, der Wirtschaft und auch bei uns zu suchen. Großes Potential liegt in der Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Es wird jedoch auch leicht unterschätzt, wie unser Konsumverhalten direkt und indirekt zu weltweitem Hunger beiträgt.

Als katholische Jugendverbände ist uns das Menschenrecht auf Nahrung, die gerechte Verteilung von Lebensmitteln und die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt ein zentrales Anliegen. Wir werden nicht müde, auf die paradoxen Zusammenhänge hinzuweisen und uns für unsere Forderungen stark zu machen.

II: Hauptursachen, Zusammenhänge

Mit der Menge Lebensmittel, die weltweit geerntet und produziert wird, könnten laut World Food Report 2010 zwölf Milliarden Menschen versorgt werden. Dennoch schafft es die Weltgemeinschaft nicht bzw. es fehlt der Wille, alle Menschen satt zu machen. In weiten Teilen sorgen die

Regierungen und Konzerne der Industrieländer sogar dafür, dass die Teller der Hungernden leer bleiben. Hauptursachen sind unter anderem:

Internationale Vereinbarungen und Politik verursachen Hunger.

Strukturanpassungsprogramme, die der Internationale Währungsfonds vielen Ländern als Ausweg aus der Verschuldung verordnete, zwingen zur Öffnung der Märkte, zu Exportorientierung und somit zu Abkehr von regional orientierter Landwirtschaft. Der Vorrang der Nahrungsmittelproduktion für die einheimische Bevölkerung ist nicht gewährleistet. Mehr als zwei Drittel der sog. Entwicklungsländer sind heute Netto-Nahrungsmittelimporteure und die Importmengen steigen drastisch an.

Die **Welthandelsorganisation (WTO)** hält trotz der vielfach sichtbaren negativen Folgen der Liberalisierung der Märkte unbeirrt an ihrem Glauben an den Freihandel fest. Die bestehenden Abkommen sichern Industrieländern zusätzliche Absatzmärkte. Arme Länder haben keine Möglichkeit, ihre Märkte zu schützen.

Fortbestehende Exportsubventionen, beispielsweise für Milchpulver, Zucker und Tomatenmark . oder der Export von minderwertigen Lebensmitteln und Reststoffen (beispielsweise Hühnerteile) führen zu Preisverfall. Die Europäische Union nimmt die Zerstörung der lokalen Märkte und somit der Existenzen vieler Bauern, Bäuerinnen und Produzierender in Kauf. Hauptempfänger von Direktzahlungen und Subventionen sind in erster Linie große Konzerne.

Supermärkte und große Konzerne verursachen Preisdruck.

Preise und Produktionsbedingungen werden längst von einigen wenigen Konzernen, Supermärkten und der Agroindustrie bestimmt. Kleine

Produzierende können dem Wettbewerb nicht mehr standhalten.

Die Folge sind Erzeugerpreise, die die Produktionskosten nicht mehr decken, die Aufgabe von Betrieben, Lohnarbeit oder Arbeitslosigkeit und in vielen Fällen: Hunger.

Spekulationen und Flächenkonkurrenz verursachen Preisexplosion

Immer mehr fruchtbares Ackerland wird nicht mehr zur Nahrungsmittel-, sondern zur Produktion von Energiepflanzen genutzt. Mais und Getreide werden immer häufiger zu **Bioethanol und Biodiesel** umgewandelt. Der Energiehunger der Autofahrenden siegt über den Hunger der einheimischen Bevölkerung.

Der **zunehmende Fleischkonsum** macht die Ausweitung des Futtermittelanbaus notwendig. Bereits ein Drittel der Getreideproduktion dient als Futtermittel.

Nahrungsmittel und Ackerland sind zu begehrten **Spekulations- und Investitionsobjekten** geworden, was ausschließlich der Profitsteigerung Einzelner dient. Das so genannte „Land grabbing“ nimmt bereits jetzt ungebremsst ungeahnte Dimensionen an.

Unser Konsum, unser Anspruch, unsere Verschwendung stehen dem weltweiten Hunger gegenüber.

Durch die Nachfrage nach möglichst billigen Produkten leisten Konsumierende ausbeuterischer Produktion Vorschub.

Während die einen hungern quellen europäische Supermärkte über vor Lebensmittelangeboten. Pro Jahr werden in Deutschland etwa 20 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeschmissen. Ungefähr ein Drittel von dem, was in Deutschland produziert wird, landet im Müll.

III: Forderungen

Um Hunger nachhaltig zu bekämpfen, muss sich die Staatengemeinschaft als weltweite Tischgemeinschaft begreifen. Das Menschenrecht auf Nahrung für alle Menschen zu gewährleisten und dem politischen Ziel der Ernährungssouveränität näher zu kommen erfordert starken Willen und entsprechende

Maßnahmen von Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt allen Konsumierenden.

Die internationale Staatengemeinschaft muss sich dafür einsetzen:

- Recht für Länder und Regionen, ihre lokalen Märkte vor Billigimporten und Dumpingpreisen aus dem Ausland schützen zu können
- Verbot von existenzbedrohender Nahrungsmittel- und Flächenspekulation. Landnahme muss durch gesetzliche Vorgaben verhindert werden.
- Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer im Sinne einer ‚Steuer gegen Armut‘ zur Stabilisierung der Nahrungsmittelmärkte.
- Ein internationales Rechtssystem, das die Einklagbarkeit des Rechts auf Nahrung gewährleistet.
- Effektive und koordinierte Maßnahmen zur Anpassung an und Vermeidung weiterer Folgen des Klimawandels, der Ernten zerstört und weltweiten Hunger verstärkt.

Von der Europäischen Union fordern wir:

- Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit klarem Bekenntnis zu internationaler Verantwortung und dem Recht auf Nahrung für alle Menschen
- Vorrangige Ausrichtung der EU-Agrarwirtschaft auf regionale Vermarktung, nicht auf Export
- Abschaffung aller Arten von Exportverbilligungen und -erstattungen, die die Verdrängung der einheimischen Landwirtschaft und Produktion in anderen Teilen der Welt zur Folge haben
- Abstand von Abkommen und Verträgen, die einseitig den Absatz von Produkten, Gütern und Dienstleistungen aus der Europäischen Union fördern

Von der deutschen Bundesregierung fordern wir:

- Kohärenz von Agrar-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zur nachhaltigen Bekämpfung von Hunger und Armut
- Unterzeichnung und Umsetzung der Ergebnisse und Empfehlungen des aktuellen Weltagrarberichts
- Förderung des landwirtschaftlichen Sektors und von nachhaltiger ländlicher Entwicklung



in so genannten Entwicklungsländern mit besonderem Fokus auf die Förderung von Kleinbauern und -bäuerinnen

- Faire und gerechte Entschuldung der so genannten Entwicklungsländer
- Förderung des Fairen Handels und von Formen des Wirtschaftens, die auf Empowerment, Selbstorganisation und Solidarität ausgerichtet sind
- Förderung von weiterverarbeitenden Industrien in den Rohstoff produzierenden Ländern, um Einkommen, Beschäftigung und Perspektiven gerade für junge Menschen zu schaffen

Durch die geforderten Maßnahmen muss für die Produzierenden von Nahrungsmitteln sichergestellt sein:

- Erzeugerpreise, die die vollen Produktionskosten widerspiegeln und umweltverträgliches Produzieren erlauben
- Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, zu Krediten, Rechtssicherheit und Bildung
- Anreize, so dass der Anbau von Nahrungsmittel Vorrang hat vor exportorientierter Nutzung, beispielsweise von Energie- oder Futterpflanzen
- Erhalt und Förderung von kleinen und mittleren Strukturen zur Lebensmittelproduktion und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Über politische und strukturelle Veränderungen hinaus sind alle Konsumierenden gefordert. Jede und jeder Einzelne kann durch **kritischen und verantwortungsvollen Konsum** Solidarität ausdrücken mit der weltweiten Tischgemeinschaft und somit dazu beitragen, das Hungerproblem zu lösen.